



# KKV

Verband der Katholiken  
in Wirtschaft und Verwaltung e.V.

## **Gemeinsam eine aktive Bürgergesellschaft gestalten, Aufbruch für Werte**

- Frank Baranowski
- Jutta Eckenbach
- Christa Thoben
- Prof. Dr. Joachim Wiemeyer

**18**

Dokumentation

KKV-Herbstforum am 7. November 2011  
in Essen

KKV Diözesanverbände

Essen e.V.,

Aachen, Köln, Münster, Paderborn



## **Inhalt**

Grußwort zum 18. KKV-Herbstforum..... 2

Begrüßung ..... 4

### Statements

Frank Baranowski ..... 8

Jutta Eckenbach ..... 13

Christa Thoben ..... 19

Prof. Dr. Joachim Wiemeyer ..... 24

Schlusswort..... 31

Ein Verband stellt sich vor ..... 34

## Grußwort zum 18. KKV-Herbstforum

Dr. Franz-Josef Overbeck, Bischof von Essen

Sehr geehrter Herr Vorsitzender Schaffrick,  
sehr geehrte Frau Diözesansekretärin Ziolkowski,  
sehr geehrte Damen und Herren Teilnehmer des 18. KKV-  
Herbstforums „Gemeinsam eine aktive Bürgergesellschaft ge-  
stalten, Aufbruch für Werte“,

gerne komme ich Ihrer Bitte um ein Grußwort zu Ihrer Veranstal-  
tung nach, mit der Sie ein wichtiges Thema aufgreifen, das auch  
mich als Ruhrbischof und uns im Bistum Essen sehr bewegt. Ich  
freue mich, dass der Verband der Katholiken in Wirtschaft und  
Verwaltung heute bei seinem Herbstforum in Essen mit so nam-  
haften Referenten sowie auf Bundesebene in seinem Schwer-  
punktthema 2011/2012 die *Bürgergesellschaft* in den Blick  
nimmt.

Mit Ihrem Plädoyer für mehr und breitere Verantwortungsüber-  
nahme bei der Gestaltung der gesellschaftlichen und staatlichen  
Entwicklung setzen Sie ein gesellschaftspolitisches Zeichen in  
wirtschafts- und europapolitisch schweren Zeiten – denken wir  
nur an aktuelle Dynamiken des Euros als gemeinsamer Wäh-  
rung und an die Verschuldungssituation der öffentlichen Haus-  
halte nicht nur in Griechenland.

Angesichts derzeitiger Unübersichtlichkeiten ist verstärkt Orien-  
tierung gefragt. Von der Politik im Großen bis zum individuellen  
Konsumverhalten im Kleinen ist eine neue Ausrichtung auf Ge-  
meinsinn gefordert, Parteienstreit und Individualismus gefährden  
die öffentlichen Güter, die nur durch Kooperation erhalten und  
weitergegeben werden können. In ihrer Dimension als gesell-  
schaftliche Institution wirbt die katholische Kirche mit ihrer Sozi-  
allehre für das gesellschaftliche Gemeinwohl. Dabei sind es

insbesondere die katholischen Laien, die an ihren jeweiligen Handlungsorten in Wirtschaft und Verwaltung maßgeblich die wertorientierte Diskussionskultur befördern und mit „allen Menschen guten Willens“ in diesem Sinne zum Gemeinwohl beitragen.

Ich danke Ihnen für Ihr verbandliches Engagement und wünsche anregende Referate und eine gute Diskussion.

Essen, der 3. November 2011,

kn  
+ Hans-Joachim Wöhrle.

# Begrüßung

Reinhard Schaffrik, Vors. KKV-Diözesanverband Essen

*„Gemeinsam eine aktive Bürgergesellschaft gestalten, Aufbruch für Werte“*

Das ist das Thema unseres heutigen 18. Herbstforums des KKV-Diözesanverbandes Essen in Kooperation mit den Diözesanverbänden Aachen, Köln, Münster und Paderborn sowie in Zusammenarbeit mit dem Konrad-Adenauer-Stiftung-Bildungswerk Dortmund.

Ich heiße Sie, liebe KKVerinnen und KKVer, und Sie, meine sehr geehrten Damen und Herren, zu unserer heutigen Veranstaltung mit großer Freude willkommen. Besonders begruen möchte ich die Leiterin der Konrad-Adenauer-Stiftung-Bildungswerk Dortmund, Frau Bauer, die Mitglieder des Bundesverbandsvorstandes des KKV mit unserem Bundesverbandsvorsitzenden, Herrn Bernd M. Wehner, den Vertreter des Oberbürgermeisters der Stadt Essen, Herrn Bürgermeister Britz, sowie die Damen und Herren des Podiums, die Herr Engelberg uns gleich noch näher vorstellen wird:

Frau Jutta Eckenbach,  
Frau Christa Thoben,  
Herrn Oberbürgermeister Frank Baranowski,  
Herrn Prof. Dr. Joachim Wiemeyer und  
Herrn Ulrich Engelberg als den Moderator der Veranstaltung.

Ich danke Ihnen, dass Sie unsere Einladung angenommen haben und heute bei uns sind, seien Sie uns alle herzlich willkommen.

*Gemeinsam eine aktive Bürgergesellschaft gestalten – Aufbruch für Werte*

Wir leben in einer interessanten Zeit. Es ist Wandel und Veränderung angesagt. Dies gilt für unsere Arbeitswelt, dieses gilt für unsere familiären Situationen, für die Politik, für die Kirchen und dort auch für die Welt der Verbände und Gemeinschaften, dies gilt für unsere gesamte Gesellschaft.

Gemeinsam eine aktive Bürgergesellschaft gestalten heißt: bürger-schaftliches Engagement leisten. Fragen wir uns zuerst: Was verstehen wir denn eigentlich unter bürgerschaftlichem Engagement? Alleine die Begriffswahl macht den engen Zusammenhang von Engagement, Bürgerschaft und Bürgerinnen deutlich.

Es geht um die Bürger und Bürgerinnen, die sich auf vielfältige Weise und selbstorganisiert in die Belange unseres Gemeinwesens, zu dem auch die Kirche mit ihren Gliederungen gehört, einbringen und so die Zukunft von Staat, Gesellschaft und Kirche wesentlich mitbestimmen und prägen.

Die Begriffswahl grenzt sich auch besonders von der Tradition des Ehrenamtes und des ehrenamtlichen Engagements ab, das sich im Wesentlichen in unserer kirchlichen und auch in anderen gesellschaftlichen Strukturen findet, aber dort einem gewaltigen Wandel unterworfen ist.

Das bürgerschaftliche Engagement geht weit über die Begrifflichkeit und über die Mitwirkungsanliegen des Ehrenamtes hinaus, wobei das Ehrenamt ein Teilbereich des bürgerschaftlichen Engagements ist. In der gesamten Bandbreite bürgerschaftlichen Engagements „von unten“ ist die Selbstorganisation der Bürger und Bürgerinnen in allen Belangen unserer Gesellschaft angesprochen.

Bürgerschaftliches Engagement hat nicht den Staat mit seinen Regelungen im Blick, sondern die Bürger und Bürgerinnen und ihre selbstorganisierten Aktivitäten in aller möglichen Vielfältigkeit.

Die vielfältigen Sichtweisen und Aktivitäten, die unter den Begriff „Bürgerschaftliches Engagement“ fallen, werden uns in den Beiträgen der Podiumsteilnehmer, jeweils aus deren gesellschaftlicher Sicht, gleich näher erläutert.

Bürgerschaftliches Engagement ist auf jedem Fall das Spenden von Zeit oder Geld derjenigen, die sich im Dienst der Allgemeinheit und des allgemeinen Wohls engagieren.

Daher müssen wir uns heute auch die Frage stellen und versuchen diese zu beantworten: Warum ist bürgerschaftliches Engagement derart in? Eine Antwort möchte ich aus meiner Sicht in den Raum stellen. Die Reformpotenziale von Markt und Staat sind weitgehend erschöpft, das wissen wir. So stellt sich die weitere Frage: Wo können Innovationen und neue Ideen herkommen?

Wir erkennen deutlich, die Gesellschaft ist in einem verstärkten Maß gefragt. So kann man auch die Bürgergesellschaft als Leitbild einer guten Gesellschaft festmachen, und zwar an den Grundwerten: Selbstverantwortung, Solidarität, Freiheit und Demokratie.

Es ergeben sich zwangsläufig ein öffentlicher Diskurs und hieraus die Erkenntnis, dass individuelles Engagement die Charakteristik der Bür-

gesellschaft ist. Aus der Reflexion der sozialetischen Frage: „Wie wollen wir leben?“ wird erkennbar, Menschen wollen dem Sozialstaatsprinzip ein Gesicht verleihen. In ihrem Engagement investieren Bürgerinnen und Bürger Zeit, Energie, Fachwissen und gute Kontakte. Sie investieren ihr ganz persönliches Sozialkapital.

Das Einbringen der Bürgerinnen und Bürger in unsere gesellschaftlichen Abläufe ist die Umkehrung des Weges von der Individualisierung und des Sich-Alleinunterhaltens. Das „Weg“ der Gesellschaft der Ichlinge zum Bürgerschaftlichen Engagement.

Wer engagiert sich eigentlich und was motiviert zum bürgerschaftlichen Engagement?

### 1. Wer engagiert sich?

Untersuchungen des Bundesfamilienministeriums haben ergeben, dass wir durchaus eine engagierte Nation sind. Zwei Drittel der über 14-jährigen deutschen Einwohner sind gemeinschaftlich in allen Bereichen unseres Staats- und Gesellschaftsgefüges aktiv.

Eine große gesellschaftliche Bewegung, zu der im politischen Raum die Frage gestellt wird: Wie kann bürgerschaftliches Engagement sinnvoll und angemessen gefördert werden?

Dazu gehört, dass wir feststellen, dass die gesellschaftliche und politische Anerkennung des bürgerschaftlichen Engagements deutlich zugenommen hat. Das sehen auch die Engagierten selbst so. Deutschland zeichnet eine große Engagementbereitschaft aus.

### 2. Was motiviert?

Die Sehnsucht und das Verlangen nach einem sinnerfüllten Leben sind existenzielle Bedürfnisse des Menschsein.

Wenn also die Sinnerfüllung grundlegend für ein gelingendes Engagement ist, wird sie damit auch zu einer kostbaren Ressource für die Selbstmotivierung.

Menschen, die sich für sinnvolle Ziele engagieren und sich selbst motivieren, nehmen weite Wege in Kauf, überwinden Hindernisse und sie streben nach Perfektion.

Motivierte Menschen haben einen hohen Anspruch an ihre Selbstverwirklichung und ihre Selbstbestimmung in ihrem Engagement. Sie wünschen sich, dass sie mit ihrem Einsatz ihre Kompetenzen und ihre Qualifikationen einsetzen und erweitern können. Somit wird ihr Enga-



gementfeld zu einem Forum, um persönliches und professionelles Ethos (sittliche und moralische Überzeugung) zu bilden.

Wenn wir die Gründe für den Einsatz und die Motivation richtig erfassen, dann stellen wir fest, dass bürgerschaftliches Engagement in seinen vielen Facetten und Varianten in gewisser Weise ein „schlummernder Riese“ in unserer Gesellschaft ist. Da Engagement in vielen Fällen auch mit Visionen zu tun hat, gelten selbstverständlich auch die Gedanken von Erich Fromm. „Wenn das Leben keine Vision hat, nach der man strebt, nach der man sich sehnt, die man verwirklichen möchte, dann gibt es auch kein Motiv sich anzustrengen“. Bürgerschaftliches Engagement ist auch Anstrengung.

Viel mehr Mitbürger und Mitbürgerinnen würden aktiv werden, wenn sie richtig angesprochen würden. Das richtige Ansprechen ist die Intention des Jahresthemas des KKV für alle Gemeinschaftsgliederungen in der gesamten Bundesrepublik und selbstverständlich auch über den Tellerrand des KKV hinaus. Deswegen veranstalten wir auch dieses heutige Forum.

Wir wollen den „schlummernden Riesen“ wecken, indem wir unsere Mitglieder und unsere Mitbürger und Mitbürgerinnen ermutigen, aktiv zu werden, und indem wir unseren sozial- und gesellschaftspolitischen Überzeugungen und Wertmaßstäben gemessen am christlichen Glauben zum Aufbruch verhelfen wollen.

Ich hoffe, dass meine Eingangsgedanken sich in den nun folgenden Ausführungen und Diskussionen unserer Podiumsteilnehmer und aller Teilnehmer dieses Herbstforums wiederfinden und weiter ausgeführt werden.

Ich wünsche Ihnen einen informativen Spätnachmittag und übergebe jetzt das Mikrophon an Frau Bauer, die Leiterin des Konrad-Adenauer-Stiftung-Bildungswerks Dortmund und an Herrn Bürgermeister Britz zu Grußworten.

Nach den Grußworten hat Herr Engelberg das Wort im Rahmen der Moderation dieser Veranstaltung.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

# Frank Baranowski

## Oberbürgermeister der Stadt Gelsenkirchen

### **Aus der Sicht einer Großstadt:**

Sehr geehrter Herr Engelberg,  
meine Damen und Herren in Plenum und Podium,  
herzlichen Dank für die Einführung. Herrn Schaffrick hat ja nun schon einiges zum Thema „Aktive Bürgergesellschaft“ gesagt. Ich will dem noch ein paar Ideen und Gedanken aus der kommunalen Perspektive, aus der Sicht einer Großstadt hinzufügen. Dabei nehme ich keine grundlegend andere Position ein als Sie: Auch ich gehe davon aus, dass bürgerschaftliches Engagement ein unverzichtbarer Pfeiler unserer Gesellschaft ist. Dass erst freiwilliger, ohne Gewinnabsicht erbrachter Einsatz für das Gemeinwesen unser Zusammenleben richtig lohnend macht. Oder um es anders zu sagen: Freiwilliger, ohne Gewinnabsicht erbrachter Einsatz für das Gemeinwesen ist der Kitt, der unsere Gesellschaft zusammenhält!

Was einsatzfreudige Bürgerinnen und Bürger für eine Stadt leisten, das merkt ein Oberbürgermeister fast täglich. So sorgen übermorgen engagierte Bürgerinnen und Bürger in Gelsenkirchen dafür, dass der Pogromnacht von 1938 gedacht wird. Sie setzen damit ein Zeichen für Demokratie und Toleranz. Und sie tun das nicht, weil sie es müssen oder weil es sich für sie persönlich lohnt, sondern weil sie es für wichtig erachten. Es gibt in unserer Stadt ein Bündnis für Familien, in dem Menschen für eine familienfreundliche Stadt tätig sind. Das Sponsoring von Unternehmen macht viele kulturelle Veranstaltungen überhaupt erst möglich. Wir haben Verbände für Naturschutz und Wohlfahrt, Musik- und Kunstvereine, die Kirchengemeinden, die sich darum kümmern, dass ältere Menschen im Stadtteil nicht alleine sind. Die dafür sorgen, dass jemand nachfragt, wenn der Fritz oder die Gerti mal nicht zum Kaffeetrinken erscheinen. Oder nehmen Sie die Tafeln – eine Einrichtung, von der wir uns eigentlich wünschen, dass sie in einer so reichen Gesellschaft wie der unseren gar nicht nötig wäre. Aber sie ist nötig, und es gibt sie, weil engagierte Bürgerinnen und Bürger das möglich machen.

Unser städtisches Zusammenleben – und das genau ist es ja, worum es in den Städten geht: um das Zusammenleben unterschiedlicher Menschen –, unser städtisches Zusammenleben wäre ärmer ohne die Menschen, die in ihrer Freizeit auf Kinder aufpassen, Jugendliche im Fußball oder Judo trainieren, Älteren vorlesen, Stadtteilstiftungen organisieren. Gerade dieses Engagement mit seinen verschiedenen Facetten macht unsere jeweiligen Städte unverkennbar. Denn Personalausweise und Kfz-Kennzeichen ausgeben, das kann jede Stadtverwaltung, das machen wir alle gleich gut oder gleich schlecht. Die Unterschiede zwischen unseren Städten aber, die werden im Wesentlichen über bürgerschaftliches und ehrenamtliches Engagement spürbar. Auch deshalb ist dieses Engagement so wichtig. Und jede Stadt, egal ob Essen, Gelsenkirchen oder Dortmund, tut gut daran, dieses Engagement zu unterstützen!

Wir haben in Gelsenkirchen – wie andere Städte auch – eine Ehrenamtsagentur eingerichtet, weil wir Menschen, die etwas tun wollen, in Kontakt bringen möchten mit anderen, die Hilfe brauchen, die einen Bedarf haben. Als ich die Idee hatte, eine Gelsenkirchener Ehrenamtsagentur zu gründen, wurde mir gesagt: „Das funktioniert in eurer Stadt nicht.“ Warum nicht? „Weil ihr in einer traditionellen Arbeiterstadt nicht ein solches bürgerschaftliches Engagement habt wie zum Beispiel Münster.“ Ja, die Sozialstrukturen unserer Städte unterscheiden sich. Aber trotzdem funktioniert das auch bei uns. Unsere Ehrenamtsagentur arbeitet jetzt seit fünf Jahren und ich bin überrascht über die Resonanz, die sie erzielt. Es gibt zahlreiche Gelsenkirchenerinnen und Gelsenkirchener, die nach dem aktiven Berufsleben etwas an die Stadt-Gesellschaft zurückgeben wollen. Bürgerinnen und Bürger, die sagen: „Ich konnte eine Ausbildung machen, ich hatte einen guten Beruf, diese Gesellschaft hat mir vieles ermöglicht – davon möchte ich nun etwas zurückgeben.“

Aber wir sprechen ja heute nicht allein über das Ehrenamt, so wichtig es sein mag. Wir sprechen über die Bürgergesellschaft als Ganzes, und das ist noch ein gutes Stück mehr. Die Bürgerinnen und Bürger leisten ja nicht nur im Ehrenamt etwas für das Zusammenleben. Eng mit dem Begriff der Bürgergesellschaft verwandt ist der Begriff der Zivilgesellschaft, der in der öffentlichen Debatte meist in Abgrenzung zum Staat gebraucht wird: Dies ist die Aufgabe des Staates, jenes ist Sache der Zivilgesellschaft. Ich finde diesen konstruierten Gegensatz ähnlich wie Sie, Herr Britz, etwas unglücklich, weil dahinter ein Staats- und Stadtverständnis steckt, das nicht meines ist.

Zivilgesellschaft sowie Staat und Stadt gehören meiner Meinung nach zueinander. Das eine geht nicht ohne das andere. Der Staat ist kein Selbstzweck und die Stadt ist kein Selbstzweck. Man liest ja häufiger ich in den Zeitungen die Wendung: „Das muss der Staat jetzt tun“. Da frage ich mich immer: Wer ist denn damit gemeint? Das sind wir doch alle! Oder die Stadt, das anonyme Wesen. Auch über sie wird immer wieder gesagt: „Die Stadt muss das jetzt machen.“ Aber wer ist das, wenn nicht wir alle? Aus meiner Sicht wird zu oft darüber hinweggesehen, dass Stadt und Staat in unserer Demokratie keine fremden Obrigkeiten sind. Sie sind vielmehr das Ergebnis von bürgerschaftlichem Engagement. Die Summe des Engagements von Bürgerinnen und Bürgern, die zum Beispiel wählen gehen, die sich zur Wahl stellen, die sich in der Öffentlichkeit, in Stadträten, in Parlamenten für bestimmte Themen und Werte einsetzen.

In den öffentlichen Diskussionen werden die Politikerinnen und Politiker, von der kommunalen bis zur Bundesebene, selten zum Ehrenamt und zur Bürgergesellschaft gezählt. Dabei sind gerade die vielen Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker genau das: bürgerschaftlich Engagierte, die ohne Entlohnung tätig sind. Auch auf die Gefahr hin, dass dies nun ein wenig pathetisch klingt: Ich bin dankbar für den Einsatz so vieler Menschen, die zum Erhalt auch von Demokratie und von Freiheit beitragen!

Ich will aber nicht so tun, als ob die Beteiligung da nicht etwas höher sein dürfte. Mein Eindruck ist, dass die Beteiligung in den letzten Jahren und Jahrzehnten sogar deutlich abgenommen hat. Zugleich spüren wir seit einigen Jahren den Wunsch eines Teiles der Bürgergesellschaft, in öffentlichen Angelegenheiten stärker mitzusprechen – nur eben aber anders als bisher. Sie haben das alle bei Stuttgart 21 mitbekommen. Ich mache aus meinem Herzen keine Mördergrube: Ich fände es schöner und auch für Politiker einfacher, wenn sich diese Menschen stärker auf die etablierten Wege der politischen Willensbildung einließen. Doch so ist es eben nicht. Und um diesem Teil der Bürgergesellschaft gerecht zu werden, schaffen wir deshalb in den Städten unterschiedliche Formen von direkter Teilhabe. Zum Beispiel laden wir bei Stadterneuerungsprojekten die Bewohner in den Stadtteilen ein, in Gebietsbeiräten aktiv zu sein und die Meinung zu sagen. Und wir versuchen, auch Kinder und Jugendliche an solche Formen der Partizipation heranzuführen.

Dabei muss klar sein: Wenn ich die Bürgergesellschaft einlade, selber Dinge zu entscheiden, dann muss ich es auch aushalten, wenn die Leute sich anders entscheiden, als ich das möchte. Und ich muss wissen: Ein Gebietsbeirat ist nicht unbedingt das Spiegelbild der Mehrheitsgesellschaft, sondern der Mehrheit in diesem Stadtteil.

Ich nehme in unserer Gesellschaft also einerseits einen großen Wunsch nach Partizipation wahr. Ich sehe aber auch, dass ein Teil der Gesellschaft in meiner Stadt, und das wird wahrscheinlich in den anderen Städten nicht anders sein, gar nicht partizipieren will. Menschen, die das Zusammenleben gar nicht mit gestalten wollen. Im Moment, das muss ich einräumen, habe ich keine Antwort darauf. Ich habe noch keine Antwort darauf, dass ich einen Teil in meiner Bevölkerung habe, der bewusst in einer Parallelgesellschaft leben will, der sowohl sozial wie auch ethnisch nicht an einer gemeinsamen Bürgergesellschaft teilhaben will. Was tue ich damit? Ignoriere ich es? Versuche ich es wieder und wieder, diese Menschen zu erreichen – oder muss ich sagen: Wenn ihr das partout nicht wollt, dann akzeptiere ich das?

Meine Damen und Herren, es ist schön, wenn Menschen aus freien Stücken unentgeltlich tätig werden. Und es ist auch schön, wenn sie es können. Wenn man sich aber anschaut, wer sich in den städtischen Gesellschaften engagiert, darüber gibt es ja Untersuchungen, dann stellt man fest, es sind tendenziell die besser Gebildeten und die finanziell eher Abgesicherteren. Weil diese Menschen vielleicht die besseren Werte vertreten? Das möchte ich bezweifeln. Ich denke eher, weil sie durch Bildung und soziale Absicherung überhaupt erst dazu in die Lage versetzt werden, dieses Engagement zu leisten. Wir sollten aus dieser Beobachtung die Schlussfolgerung und Erkenntnis ziehen, dass wir Menschen auch zur Verantwortung für die Zivilgesellschaft, für die Bürgergesellschaft befähigen müssen. Bürgerschaftliches Engagement braucht ein Gemeinwesen, das für eine gute Bildung für möglichst alle jungen Menschen sorgt!

Dazu gehört auch, dass die Menschen spüren müssen, dass das, was sie an Engagement leisten, auch wertgeschätzt wird. Da darf es nicht geschehen, dass sich Bürgerinnen und Bürger in ihren Städten und Gemeinden nach Kräften für das Zusammenleben einsetzen und zu Recht sagen können, wir leisten hier richtig was – und dass sie gleichzeitig miterleben müssen, dass ihre Stadt den Bach runtergeht. Dass Theater schließen, Straßen löchrig werden und die öffentliche Infrastruktur verkommt, weil die Kommunen zu wenig Geld haben, um die-

se Aufgaben zu erfüllen. Auch das, auch eine gute öffentliche Infrastruktur gibt den Bürgerinnen und Bürger die Bestätigung dafür, dass sich ihr Engagement lohnt, dass ihr Einsatz für das Gemeinwesen nicht vergebens ist!

Auf der schriftlichen Einladung zum heutigen Abend, die ich erhalten habe, stand noch der Titel: Die aktive Bürgergesellschaft als eine Alternative zum Wohlfahrtsstaat? Ich möchte abschließend sagen: Ich sehe darin keine Alternative, kein Entweder-Oder. Wenn die Menschen etwas leisten, sich in einer aktiven Bürgergesellschaft engagieren, dann dürfen sie nicht den Eindruck gewinnen: Der Staat und die Verwaltung nutzen das, um die Bürger klammheimlich zum Ausfallbürgen für nicht mehr stattfindende staatliche Leistung zu machen. Das fände ich unredlich. Beides, bürgerschaftliches Engagement und öffentliche Leistungen, gehören zusammen. Wir brauchen in den Städten aktive Bürger, aber die werden wir nur haben, wenn wir auch einen aktiven, einen ermöglichenden Staat und aktive, ermöglichende Städte haben. Wenn wir die nicht haben, dann wird sich das Engagement von Bürgerin und Bürger allmählich zurückziehen. Und das kann niemand von uns wollen.

Herzlichen Dank!

# Jutta Eckenbach

## Stellvertretende Vorsitzende des Sozialdienstes Katholischer Frauen in Essen

### **Aus der Sicht der Ehrenamtlichen:**

*Wenn wir die sozialen, politischen und wirtschaftlichen Herausforderungen der Gegenwart und der Zukunft bewältigen wollen, brauchen wir Bürger, die bereit sind Verantwortung in Staat und Gesellschaft zu übernehmen. ( Zitat aus der Hildesheimer Erklärung des KKV aus dem Jahre 2011 )*

Meine Damen und Herren, ich wurde gebeten, aus Sicht einer Ehrenamtlichen heute unter diesem Motto eine Stellungnahme abzugeben.

Gestatten sie mir, zunächst meine eigene Person und dann den Verein, in dem ich stellv. Vorsitzende tätig bin, den Sozialdienst kath. Frauen Essen-Mitte e.V. vorzustellen.

Seit 20 Jahren bin ich zunächst als Vorsitzende, heute als stellv. Vorsitzende im Sozialdienst kath. Frauen Essen-Mitte e.V. ehrenamtlich tätig. Darüber hinaus bin ich CDU-Kommunalpolitikerin im Rat der Stadt Essen und im Landschaftsverband Rheinland, als stellv. Vorsitzende und Sozial- und Gesundheitspolitikerin. Außerdem bin ich in den Aufsichtsräten der Stadtwerke Essen AG und den Entsorgungsbetrieben Essen GmbH.

Ich bin seit über 40 Jahren verheiratet, Mutter und Großmutter.

Wie bereits angesprochen, bin ich seit ca. 20 Jahren ehrenamtlich engagiert im Sozialdienst kath. Frauen-Mitte.

Der SkF ist ein Frauen- und Fachverband im Deutschen Caritasverband, seine Aufgabenfelder sind die Jugend- und Gefährdetenhilfe, die Hilfe für Kinder/Jugendliche/Familien und Frauen in Not.

Seine Angebote stellt er in den Dienst von Frauen, Kindern, Jugendlichen und Familien, die vorübergehend oder längerfristig von sozialer Not betroffen sind und deren Lebenschancen nachhaltig beeinträchtigt sind.

Ein Team von mehr als 240 Sozialpädagogen, Sozialarbeitern, Erzieherinnen und kompetenten Frauen und Männern arbeitet hauptberuflich für den SkF Essen-Mitte. Wir sind eine der größten Ortsgruppen im SkF bundesweit. Unsere Bilanzsumme beträgt ca. 9 Millionen Euro. Der Vorstand des SkF Essen-Mitte besteht aus 3 Personen. Alle sind ehrenamtlich tätig. Wir bedienen uns einer Geschäftsführung (übrigens ein sehr kompetenter Mann). Oberster Souverän ist die Mitgliederversammlung.

Neben der Vorstandstätigkeit hat sich der SkF Essen-Mitte ehrenamtlich in der Essen Tafel e.V. engagiert. Die Essener Tafel ist eine Organisation, die Lebensmittel an Bedürftige verteilt. Lebensmittel die von Verbrauchern nicht gekauft werden und ansonsten entsorgt werden müssten. Große Lebensmittelketten haben den Aufruf der Tafel verstanden und stellen diese zur Verfügung. Die Tafeln sind eine rein ehrenamtliche Organisation. Alle Arbeiten werden von Ehrenamtlichen erledigt. Die Essener Tafel umfasst eine Größe von ca. 100 Personen. Allerdings haben die Essener Tafel und der SkF Essen-Mitte vor einem halben Jahr beschlossen, ihren gemeinsamen Weg zu beenden.

Einige ehrenamtliche Frauen betreuen in unserem Cafe an der Maxstraße Frauen und junge Mädchen, manchmal hören sie einfach nur zu, wenn die Hilfebedürftigen von ihrer Obdachlosigkeit oder ihrer Ausweglosigkeit erzählen.

Meine Damen und Herren, in Essen gab es zu meinem Amtsantritt noch 5 Vereine des Sozialdienstes kath. Frauen in Essen. Heute sind es noch 2 Vereine. In diesem Sommer haben wir eine Fusion mit dem Sozialdienst kath. Frauen Essen-Kray vorgenommen. Der SkF Essen-Kray, der eine Kinderbetreuung ehrenamtlich organisiert hat, sah sich nicht mehr in der Lage, diese weiterzuführen. Dies zeigt, dass reine ehrenamtliche Arbeit in einem Verein nur sehr schwer zu bewältigen ist. Zum einen fehlt es an Frauen, die bereit sind ein Ehrenamt, das sehr viel Zeit bindet (wie am Beispiel Kray) weiterzuführen und zum Zweiten fehlen die finanziellen Grundlagen; der SkF Essen-Kray verwaltete ein älteres Wohnhaus und konnte die notwendigen Renovierungsarbeiten nicht mehr aus eigener Kraft stemmen.

Der SkF Mitte-Essen ist von Anfang an einen anderen Weg gegangen. Er hat immer Ehrenamt und Hauptamt miteinander verbunden.

Meine Damen und Herren, ich habe schon ausgeführt, dass wir heute 240 hauptamtliche Mitarbeiter beschäftigen, eine Bilanzsumme von ca. 9 Millionen Euro haben. Wir sind in den unterschiedlichsten sozialen



Feldern tätig, in der Gefährdetenhilfe betreiben wir ein Heim für obdachlose Frauen, eine Einrichtung für jugendliche Straßenkinder, das Cafe Schließfach, eine Hilfseinrichtung auf dem Essener Straßens-trich, betreutes Wohnen und die Schuldnerberatung, in der Jugendhil-fe haben wir ein Heim für minderjährige Mädchen, eine Rückführungs-gruppe, eine Einrichtung für minderjährige Mütter, 2 Tagesgruppen für psychisch beeinträchtigte Kinder und Jugendliche, wir sind in der Ju-gendgerichtshilfe tätig, sind für die Stadt Essen beauftragt, Flexhilfen in Familien durchzuführen. Im Rahmen für Bildung, Beratung und Be-treuung betreiben wir 5 Kitas und Familienzentren, die Schwanger-schaftsberatung, das Stadtteilbüro im Bergmannsfeld und wir engagie-ren uns im Rahmen der Übermittagsbetreuung in Schulen; als neues Projekt werden wir verstärkt im Rahmen des Bildungs- und Teilhabe-gesetzes der Bundesregierung Schulsozialarbeit durchführen. Also kurz gesagt, ein mittelständisches Unternehmen mit einem ehrenamtli-chen Vorstand.

Vor 20 Jahren waren wir ein Verein mit 65 Mitarbeitern, es gab einen Verwaltungsleiter, eine leitende Angestellte, eine Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, die einmal im Jahr dem Vorstand mitteilte, ob im laufen-den Jahr ein Überschuss oder ein Verlust erarbeitet wurde. Heute verfügen wir über einen Haushaltsplan, eine mittelfristige Finanzplan-nung, eine Abteilung Controlling, eine Liquiditätsberechnung (monatl.), eine Gewinn und Verlustrechnung (monatl.), eine Bilanz mit Lageber-icht gemäß GmbH Recht, eine Geschäftsführung gemäß § 31 BGB und eine stellv. Geschäftsführerin.

Personalentwicklung und Personalführung sind keine Fremdworte mehr. Fortbildung findet im eigenen Hause statt und ab 2012 wird ein eigenes Fortbildungshaus in Essen-Werden fertiggestellt.

Innovative Projekte und Ideen werden auf Machbarkeit geprüft. Ver-netzung, Sponsoring, Spenden gezielt für unsere Projekte, dies sind keine Fremdwörter mehr, sondern Realität.

Wir sind gut aufgestellt für die Zukunft. All dies haben wir gemeinsam mit vielen Akteuren in den vergangenen Jahren erarbeitet und umge-setzt, alleine kann ein ehrenamtlicher Vorstand dies nicht bewältigen, hierzu gehört eine gute Zusammenarbeit zwischen Ehren- und Haupt-amt.

Für einen ehrenamtlichen Vorstand ist es nicht immer leicht, eine so verantwortungsvolle Aufgabe zu übernehmen, zumal rechtlich gesehen ein Vereinsvorstand andere Haftungsregelungen zu beachten hat als

ein gewerblich tätiges Unternehmen. Die persönliche Haftungsregelung kann natürlich abgesichert werden, aber es bleibt die Tatsache der persönlichen Haftung gemäß dem Vereinsrecht.

Meine Damen und Herren, der Sozialdienst kath. Frauen ist ein Verband, der seine bewegende Kraft durch das Ehrenamt bezieht und zwar seit seiner Gründung vor über hundert Jahren. Seitdem bekommt er seine Stärke aus der Verwurzelung im Ehrenamt.

Der SkF verfügt mit ehrenamtlichen Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen in den verschiedenen Fachbereichen und in den Vorständen über ein hohes Sozialkapital, um das ihn manches Wirtschaftsunternehmen auf der Suche nach einer Corporate Identity beneiden würde.

Im Wettbewerb um den Markt sozialer Dienstleistungen werden Faktoren wie Vertrauen, Glaubwürdigkeit, Authentizität und Verlässlichkeit langfristig stark ins Gewicht fallen. Der unverstellte Blick auf soziale Notlagen, den Ehrenamtliche einbringen können, ist in diesem Zusammenhang unverzichtbar.

Meine Damen und Herren, Caritas ohne Ehrenamt ist keine Caritas? Diese Fragestellung hat auch den SkF beschäftigt. Dies fängt schon bei der Begrifflichkeit an, unterschiedlicher kann eigentlich die Begrifflichkeit zum Ehrenamt nicht sein. So stehen Begriffe wie Ehrenamt, bürgerschaftliches Engagement, freiwilliges Engagement, Freiwillige nebeneinander. Alle diese Begriffe haben eins gemeinsam, sie betonen den Aspekt des unentgeltlichen Einsatzes für andere.

Der SkF tendiert zu der Auffassung, dass es weder möglich noch nötig ist, zu einer eindeutigen Begriffsregelung in der verbandlichen Caritas zu kommen. Wir sehen nicht unbedingt einen ganz eindeutigen, oder gar sich verstärkenden Trend hinsichtlich eines verbandsweiten Dachbegriffes.

Wir als SkF wagen die Prognose, dass der Begriff Ehrenamt auch weiterhin seinen Stellenwert behalten wird, dies schon wegen seiner sprachlichen Einfachheit.

Hinsichtlich der Ziele und Inhalte des freiwilligen Engagements zumindest in unserer Organisation muss die Antwort zweigeteilt sein. Einerseits sind die Inhalte und Ziele des freiwilligen Einsatzes zumindest in unserer Organisation durchaus stabil. Andererseits ergeben sich aus unserer Perspektive Verschiebungen weniger bei den Inhalten als vielmehr hinsichtlich der Verbandsbindung der Engagierten, die nicht unbedingt für eine Mitgliedschaft zu gewinnen sind. So nahm in den

zurückliegenden Jahren die ehrenamtliche Bereitschaft zur Mitarbeit zu, die Verbandsbindung in Form von Mitgliedschaften war allerdings rückläufig.

Umso wichtiger ist, dass verbandliche Strukturen, die dem caritativen Einsatz nicht nur formal z.B. in der Satzung, sondern auch faktisch einen hohen Stellenwert einräumen, das freiwillige Engagement fördern. Dabei spielt die Grundhaltung der beruflichen Mitarbeiter eine große Rolle. Es muss bei Hauptamtlichen und Funktionsträgern der echte Wille vorhanden sein, für das Ehrenamt zu werben und zum Einsatz zu bringen.

Offen bleibt allerdings meistens die Frage nach den Zeitkontingenten.

Der SkF hat in seinem Leitbild formuliert, dass er offen ist für Frauen und Menschen in unterschiedlichen Glaubens- und Lebenssituationen. Dementsprechend beurteilt er auch die unterschiedlichen Motivlagen von Ehrenamtlichen und sieht in ihnen kein Hindernis für die Mitarbeit. Da die inneren Motivationslagen von Menschen ohnehin nur begrenzt überprüfbar sind, sollte die verbandliche Caritas mit dem Status quo leben und ihn als Chance nutzen, ihr christliches Menschenbild zu vermitteln.

Für den SkF können wir aufgrund eigener Erhebungen folgende Aussagen machen: Ehrenamtliche Tätigkeit muss sinnvoll sein, gefolgt von dem Motiv der Hilfe von Frauen für Frauen und dem Motiv Solidarität und Gerechtigkeit. Bedeutsam sind weiterhin die Zusammenarbeit und der Kontakt mit gleichgesinnten Menschen, das Vorbild tätiger Mitglieder und der Impuls des Evangeliums.

Freiwillige sind im Vorstandsamt Vorgesetzte der Hauptamtlichen. Sie sind Helfer/Partner der Hilfebedürftigen und auch eigenständige Helfer. In manchen Fällen, und dies hängt wesentlich von den Kompetenzen der Ehrenamtlichen ab, gleichberechtigte Partner, manchmal aber auch Helfer der Hauptamtlichen.

Für unseren Verband konstatieren wir, dass es eine angemessene Vertretung der Freiwilligen im Verband gibt, Eine Beurteilung für die gesamte Caritas ist für uns sehr schwierig. Letztlich liegt in diesem Kontext vieles an der Akteuren und Akteurinnen vor Ort, z.B. ob sie auch der Ansicht sind, dass Caritas ohne Ehrenamt keine Caritas ist.

Wenn es um die Beurteilung der Unentgeltlichkeit geht, so steht der SKF für folgende These. Wir sind der Auffassung, dass Ehrenamtliche Kosten, die im Zusammenhang mit dem Ehrenamt entstehen, gebebe-

nenfalls auch pauschal ersetzt werden müssen. (Dies sieht auch unsere Verbandssatzung vor). Hier muss ich allerdings darauf aufmerksam machen, dass gerade die Steuergesetzgebung keine Pauschalen gelten lässt.

Agnes Neuhaus beschrieb im Jahre 1905: *„Manche Dame habe für diese Arbeit keine Zeit, und für manche ist das ja sicher zutreffend. Aber viele würden sich wundern, wie viel Zeit sie haben, wenn sie es nur einmal versuchten. Bei dieser ernsten, schönen tiefgeistigen Arbeit fällt manches Kleinliche von uns ab, was uns früher verhältnismäßig quälte und zurückhielt, das Auge bekommt einen anderen richtigen Maßstab für geistige Größenverhältnisse, das Herz wird weit, gewinnt Platz für die Not anderer und die eigenen kleine Misere verlieren an Bedeutung, Gott sei Dank. Manche Damen haben mir gesagt: Ich bin gesunder und fühle mich jünger, seitdem ich im Fürsorgeverein arbeite.“*

Vieles von dem gilt auch heute noch, dass wir mehr Anerkennung für die vielen Männer und Frauen aber auch Jungen und Mädchen brauchen, die sich als Ehrenamtliche engagieren, brauche ich heute nicht zu betonen, denn jeder spricht davon, nur meine Damen und Herren, dies müssen wir auch umsetzen. Denn Ehrenamtliche werden wir in unserer sich verändernden Gesellschaft dringender denn je benötigen.

Ehrenamtlichkeit bedeutet Bereicherung für den Einzelnen, aber auch für die Gesellschaft. Treten wir endlich aus dem Schatten heraus. Ich hoffe sehr, dass diese Tagung auch dazu beiträgt, denn ich weiß aus eigener Erfahrung. ehrenamtliches Engagement und hauptberufliche Tätigkeit beides passt zusammen, aber geben wir beiden Akteuren genügend Raum, dieses auch zu leben. Dies gilt für das Arbeitsrecht, das Steuerrecht, aber auch die Anerkennung der Leistungsfähigkeit.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

# Christa Thoben

Staatsministerin a.D.

Landesschatzmeisterin der CDU in NRW

## **Aus der Sicht der Politik:**

Im vorigen Jahr war ich auch hier; der eine oder andere von Ihnen wird mitbekommen haben, dass ich bei einem solchen Thema gern ein bisschen Gas gebe. Ich fange mit dem „C“ an. Wenn das „C“ in sämtlichen Lebenssituationen eine Botschaft sendet, die man tunlichst verinnerlichen sollte, dann die, dass wir vorläufige Antworten geben. Egal in welchem Feld wir uns äußern. Wir können Erfahrungen machen, es können sich Dinge verändern, so dass Antworten, die irgendwann mal hilfreich, auch sinnvoll waren, überdacht werden müssen.

Und mein Eindruck ist, dass die Arbeitsteilung zwischen Wirtschaft, Staat und Bürgergesellschaft auch gerade wieder vor einer solchen Wegscheide steht. Viele herkömmliche Institutionen verlieren an Bindungskraft. Das gilt für die Parteien, das gilt für die Kirchen. Andere machen sich auf und nehmen sich etwas von dem, was in den jetzigen Institutionen aus ihrer Sicht nicht mehr ausreichend abgebildet wird, nehmen es selber in die Hand. Manchmal zunächst chaotisch, aber durchaus auch ideenreich. So wie Herr Baranowski ein Beispiel aus seiner Stadt schildert: Verflixt noch mal, vielleicht hätten wir auch selber darauf kommen können.

Etwas ganz Kritisches möchte ich zu Beginn zum Sozialdienst Katholischer Frauen sagen.

Ich habe ja die Industrie- und Handelskammer in Münster geleitet. Damals lief massiv, sehr aggressiv die Debatte um Lebensschutz, § 218. In der Vollversammlung habe fröhlich, aber nachdrücklich vorgetragen: Wenn jeder Mann zu jedem Kind stehen würde, das er zeugt, hätten wir diese Debatte nicht. Die Unruhe können Sie sich vorstellen, aber es war nötig. Wer macht eigentlich was, wer braucht mehr Schutz, wer kann mehr, als er derzeit macht, diese Fragen müssen wir von Zeit zu Zeit neu stellen.

Als ich die Einladung zum heutigen Abend bekam, war das Thema so, wie Herr Baranowski es auch vorgetragen hat. Da steht man also zwischen Wohlfahrtsstaat und Ellbogengesellschaft und soll da die Bür-

gergesellschaft unterbringen. So, wie es heute Abend formuliert ist, ist es besser, aber diese Themenstellung musste ich mir aus dem Internet herunterladen. Es gibt ein ganz aktuelles neues Buch, Ethische Marktwirtschaft für eine Ordnung von unten, und das ist ja genau das, worüber wir sprechen. Muss man nicht, wenn ein Staat in den zentralen Aufgaben stark sein soll, dafür sorgen, dass er nicht alles macht? Wenn man alles macht, ist man immer schwach. Und das heißt, man muss abschichten. Wo kann ich ermutigen und befähigen, dass Menschen Dinge, die sie ohnehin gerne tun, richtig engagiert machen, das ist die Aufgabe.

Und da kann man natürlich, wie Sie das auch erleben, feststellen, der eine oder andere jeweils zum Amt kommt und sagt, ich habe noch einen Wunsch. Und es gibt andere, die längst vor Ort, ob es um die Pflege von Bäumen an Straßen geht oder sonst um kleinere Aufgaben, sagen, komm, das können wir auch selber. Früher hat man für so etwas den Begriff der Nachbarschaftshilfe gebraucht. Das klappte wunderbar. Natürlich gab es da auch Auswüchse. Noch ein Beispiel aus dem Münsterland: Das war dann die Nachbarschaftshilfe, die beim Eigenheimbau zu sehr viel Schwarzarbeit führte. Also die Grenzziehung müssen wir immer noch mal neu durchdenken, aber im Prinzip geht es um das Ermutigen der Menschen in möglichst vielen Feldern. Gerade, wenn man für wichtige Fragen einen starken Staat haben möchte, muss man dafür sorgen, dass die Menschen sich um eine ganze Reihe von Fragen selber kümmern.

Ja, und was könnten sie selber tun? Die Menschen haben eigentlich viele Ideen. Es geht manchmal darum, sie an der richtigen Stelle zu ermutigen, weil wir sie brauchen. Spannend ist übrigens festzustellen, dass mit zunehmender Globalisierung die Menschen gleichzeitig ihre örtliche Verankerung wieder ernster nehmen, also diese Heimat suchen. Das ist eine Chance. Also interessieren sie sich dafür, wieder Überschaubares zu erleben, für kleinere Einheiten. Natürlich nicht in den Organisationsformen, an die wir uns alle gewöhnt haben. Die sind häufig viele Jahrzehnte alt, und da war man häufig zu 100 % ehrenamtlich; das lässt nach.

Es nimmt auf der anderen Seite die Bereitschaft zu, sich in konkreten Projekten zu engagieren. Darüber müssen wir drüber nachdenken: Wie Sorge ich dafür, dass dieses projektbezogen zum Wohle der Allgemeinheit genutzt und mobilisiert wird; und wie muss ich dann, das

gebe ich sofort zu, ein neues Gleichgewicht suchen zwischen Haupt- und Ehrenamt. Auch dafür ein Beispiel.

Wir haben bei uns in einer CDU-Kommission lange darüber nachgedacht, wie kombiniert man die Grünen Damen mit dem hauptamtlichen Personal. Wenn Sie sich da mal erkundigen, welche Konflikte plötzlich auftauchen, weil die Hauptamtlichen eifersüchtig werden, weil der normale Patient sich über jemanden, der vorliest, mehr freut als über denjenigen, der ihm „nur“ hilft zu essen und zu trinken. Muss man das nicht durch eine vernünftige Debatte lösen können? Natürlich kümmert sich der eine um Dinge, die für den Patienten nur angenehm sind, und er ist ja ganz bewusst dafür da, dass er die Zeit hat, die der Hauptamtliche pro individuellem Patienten gar nicht aufbringen kann. Aber das muss man doch kommunizieren können. Da darf ich doch nicht das eine gegen das andere in Position bringen.

Oder nehmen Sie andere Stellen: Was hat sich, ob in Essen oder sonst wo, im Zusammenleben der Generationen geändert. Wer hat noch Oma und Opa so in der Nähe, dass die in dem Umfang helfen können, wie das früher völlig normal war. Da das nicht mehr der Fall ist, kann ich doch nicht sagen, für den „Rest“, der sich daraus ergibt, ist der Staat zuständig. Es gibt karitative Einrichtungen, die eigene Projekte aufziehen wie z.B. Leih-Oma. Die eigentliche Kunst besteht darin, dann die Menschen zusammenzubringen, die ein natürliches Zusammengehörigkeitsgefühl entwickeln, obwohl sie nicht verwandt sind. Wunderbare Beispiele gibt es dafür.

Die Lebenserwartung der Menschen steigt laufend und wir schicken sie mit 65 irgendwohin, wo sie überwiegend Langeweile haben oder, wenn sie pffiffig sind, sich billige Flugreisen suchen. Das ist nicht intelligent, denn es macht auch Freude, sich zu engagieren und gebraucht zu werden. Auch dafür ein Beispiel. Im WDR: Eine Journalistin befragt eine pensionierte Lehrerin, sagen Sie mal, ich habe gehört, Sie gehen immer als zweite Person mit in den Unterricht. Warum machen Sie das, was kriegen Sie dafür? Und die sagt daraufhin: „Ja also, das macht so viel Freude, was fragen Sie mich. Ich werde mit Freude „bezahlt.“ Die Journalistin war etwas verlegen. Wir müssen diese Elemente, der Einzelne ist nicht einfach nur noch jemand, der ein bisschen laufen kann, sondern er wird mit dem, was er kann, was er gerne tut, gebraucht.

Es gibt viele, viele Elemente, die man ausprobieren muss. Wie organisiert man die Wertschätzung dieses Engagements? Es gibt da Beispiele

le (ich weiß nicht, Herr Baranowski, ob Sie es vielleicht in Gelsenkirchen schon machen): Bei bürgerschaftlichen Engagements gibt es Freikarten, für was auch immer.

Bei den Unternehmen muss man dafür werben. Aktive Bürgerschaft, Engagement über den eigentlich beruflichen Teil hinaus, werden bei Bewerbungen und Zeugnissen positiv bewertet. Das Wissen, was dabei erworben wird, kommt nämlich dem Betrieb zugute. Das ist nicht nur irgendwas, dass einer noch was anders macht, sondern es gibt inzwischen konkrete Projekte, in denen die Unternehmen anzeigen, dass Mitarbeiter in einem Sozialprojekt zehn Tage, vierzehn Tage arbeiten. Dort lernen sie viel, sie kommen verändert in die Firma zurück. Das heißt, da passiert nicht nur irgendetwas, was man als guter Mensch erlebt hat, sondern es ist für beide Seiten ein Gewinn. Deshalb bin ich nicht ganz sicher, ob mit dem Begriff „Ehrenamt“ diese modernen Engagementformen ausreichend zu beschreiben sind. Ich glaube, das Engagement ist weiter und anders als traditionelles Ehrenamt. Da gefällt mir der Begriff des bürgerschaftlichen Engagements besser.

Ich könnte noch sehr viel vorbringen. Wir haben lange eine Debatte darüber gehabt, ob eine Frau eigentlich berufstätig sein darf, wenn sie Kinder hat, oder geht dem Kind etwas verloren. Wir haben in der CDU nicht zur Kenntnis nehmen wollen, dass das Bedürfnis des Kindes darin besteht, geborgen groß zu werden. In der vorindustriellen Gesellschaft war die Mutter auch berufstätig, im Handwerk, in der Landwirtschaft, aber dann war die Oma da oder jemand sonst, der dies, was man Bezugsperson nennt, war, und das Kind hat die Geborgenheit erlebt. Also geht es darum, für das Bedürfnis nach Geborgenheit Angebote zu finden da, wo die traditionellen Bezüge nicht mehr klappen. Ich fände das toll und zukunftsweisend.

Alle sozialen Bewegungen sind ja irgendwann mal auf freiwilliger Basis entstanden. Man hat entdeckt: Da ist ein Problem, es finden sich Menschen, denen Lösungen einfallen. Im Laufe der Zeit ist es, wie Sie es schildern. Eine Kombination zwischen Haupt- und Ehrenamt bildet sich heraus. Doch auch in diesen Organisationen passieren in Bezug auf gesellschaftlich durchaus wichtige Fragen Fehler. Beispiel. Sind Sie ganz sicher, dass in all diesen Einrichtungen, ob Krankenhäuser, Altenheime, nirgendwo prekäre Beschäftigungsverhältnisse bestehen? Sind Sie ganz sicher, dass dort nicht auch Möglichkeiten genutzt werden, um billige Arbeitskräfte zu engagieren? Sind Sie sicher, dass



überall den selbst gestellten Ansprüchen entsprochen wird? Ich wäre froh, wenn man das durchgängig sagen könnte. Inzwischen erleben wir auch in diesen Bereichen Fehlverhalten. Nach christlichem Verständnis kann man es auch Sünde nennen.

Ja, und deshalb bleibt es unsere Aufgabe, gemeinsam, egal wie fromm und fröhlich wir sind, immer wieder neu über bessere Weichenstellungen nachzudenken. Wir geben vorläufige Antworten. Danke.

Prof. Dr. Joachim Wiemeyer

Lehrstuhlinhaber an der Katholisch Theologischen Fakultät  
der der Ruhr-Universität-Bochum

**Aus der Sicht der Wissenschaft und Kirche:**

Die Rolle der Bürger- oder Zivilgesellschaft für eine moderne Gesellschaft wird besonders seit den 80er Jahren des letzten Jahrhunderts thematisiert. Dies ist zum einen darauf zurückzuführen, dass in den Gesellschaften des Ostblocks, die damals noch unter kommunistischer Herrschaft standen, sich neue staats- und parteiunabhängige Netzwerke von Bürgern herausbildeten, die die Diktatur unterminierten und letztlich zu ihrem Sturz beitrugen. Ebenso wird in der entwicklungspolitischen Diskussion unterstrichen, dass vor allem als Kontrollinstanz gegenüber autoritären Systemen und defizitären Demokratien, zum Beispiel zur Minderung von Korruption und Kapitalflucht, eine wache Zivilgesellschaft unverzichtbar ist. Daher spielen in der Entwicklungspolitik die Förderung und der Aufbau einer Zivilgesellschaft eine wichtige Rolle. Kirchliche Entwicklungsorganisationen sehen dies auch als einen Schwerpunkt ihrer Arbeit an. In etablierten westlichen Demokratien spielt die Diskussion über Zivilgesellschaft vor allem aus zwei Gründen eine Rolle. Zum einen stieß der umfassende Kultur- und Wohlfahrtsstaat an Grenzen der Finanzierbarkeit. Daher wurde gefragt, ob nicht für bestimmte kulturelle wie soziale oder andere öffentliche Aufgaben stärker die Zivilgesellschaft mobilisiert werden könnte. Aus der Zivilgesellschaft sollten daher Sach- und Geldspenden sowie Zeitspenden durch Arbeitseinsatz bereitgestellt werden. Es war aber nicht nur allein Ressourcenproblemen der Öffentlichen Hand, sondern auch der Tatsache geschuldet, dass manche gesellschaftliche Fragen, weniger durch klassische staatliche Instrumente wie Gesetzgebung und staatliche Verwaltung oder Geld- bzw. Transferzahlungen gelöst werden konnten, sondern personale menschliche Zuwendung vor Ort für eine bessere Problemlösung erforderlich waren.

Ein zweiter Gesichtspunkt war, dass sowohl im staatlichen Bereich wie bei der herkömmlichen Parteiendemokratie Defizite gesehen wurden. Nicht alle gesellschaftlichen Anliegen und Probleme wurden in den staatlichen Raum hineinvermittelt, so dass neue Initiativen und Bewe-

gungen (z.B. im Bereich des Umweltschutzes) entstanden. Zugleich entstand aber ebenfalls ein Unbehagen an der Wirtschaft bzw. Unternehmen und dort vorhandene Missstände, wie Korruption, die wie Transparency International, das ebenso bürgerschaftliches Engagement auf den Plan riefen. Auch wenn manche Vorstellungen einer basisdemokratisch-pluralistischen Zivilgesellschaft, in der gesellschaftliche Werte hervorgebracht und thematisiert sowie Kontroversen ohne Macht und Manipulation „auf Augenhöhe aller Beteiligten“ ausgetragen werden, utopische Elemente enthielten, ist doch die Bedeutung der Zivilgesellschaft gewachsen. Auch innerhalb der Soziallehre der Kirche hat die Rolle der Zivilgesellschaft mehr Aufmerksamkeit gefunden. Sie ist vor allem auch in die jüngste Sozialenzyklika „Caritas in Veritate“ von Benedikt XVI. eingeflossen.

### *I. Zivilgesellschaft in der kirchlichen Sozialverkündigung*

Bereits Papst Johannes Paul II. hatte in seiner Sozialenzyklika *Centesimus Annus* von 1991 auf die Bedeutung der Zivilgesellschaft hingewiesen und vor einem ausufernden Wohlfahrtsstaat gewarnt, der das Subsidiaritätsprinzip missachtet und das bürgerschaftliche Engagement abschreckt (vgl. Nr. 35 u. Nr. 48). „Der Versorgungsstaat, der direkt eingreift und die Gesellschaft ihrer Verantwortung beraubt, löst den Verlust an menschlicher Energie und das Aufblähen der Staatsapparate aus, die mehr von bürokratischer Logik als von dem Bemühen beherrscht werden, den Empfängern zu dienen“ (Nr. 48). Papst Johannes Paul II. plädiert für eine subjekthafte Gesellschaft (vgl. Nr. 49) im Sinne einer solidarischen Eigenverantwortung von freien gesellschaftlichen Zusammenschlüssen. Auch das Kompendium der Soziallehre der Kirche von 2006 (S. 151 f., S. 260 f., S. 300–302) weist auf den Stellenwert der Zivilgesellschaft hin.

Papst Benedikt XVI. führt diese Überlegungen angesichts der aktuellen Herausforderungen fort. Für ihn sind Organisationen der Zivilgesellschaft wichtige Akteure, die nach der Finanz- und Wirtschaftskrise notwendig sind, um auf eine Neugestaltung der öffentlichen Regelwerke auf nationaler wie internationaler Ebene einzuwirken. Dabei weist die Kirche in den globalen Märkten auf die Bedeutung der Gewerkschaften als traditionelle zivilgesellschaftliche Organisation hin (vgl. Nr. 25). Gewerkschaften sollten sich als Akteure der Zivilgesellschaft dem unmittelbaren Eingreifen in den Raum der Politik enthalten (vgl. Nr. 64). Der Papst betont die Bedeutung des gesellschaftlichen Zusammenhalts, der durch extreme Unterschiede zwischen „Arm“ und

„Reich“ in einer Gesellschaft unterminiert wird. Der gesellschaftliche Zusammenhalt hängt wesentlich auch vom „Sozialkapital“ ab, das in der Zivilgesellschaft hervorgebracht, immer wieder erneuert und stabilisiert wird (vgl. Nr. 32). Die Zivilgesellschaft ist ein wesentlicher Ort, wo die „Wirtschaft der Unentgeltlichkeit und der Brüderlichkeit“ (Nr. 38) zur Geltung kommen kann. „Die exklusive Kombination Markt-Staat zersetzt den Gemeinschaftssinn“ (Nr. 39). Die notwendige Solidarität wird vielmehr aus der Zivilgesellschaft hervorgebracht. So sollen privatwirtschaftliche Unternehmen die strikte Shareholder-Value-Philosophie aufgeben, sondern vielmehr ihre Unternehmensstrategie an den Stakeholdern (Arbeitnehmer, Verbraucher, Lieferanten, Finanziers, soziale und natürliche Umwelt) und damit auch an der Zivilgesellschaft orientieren. Es gibt zudem eine Bandbreite von Unternehmenstypen, die über die Dichotomie private und staatliche Unternehmen hinausgeht wie Mikrofinanzinstitutionen, Kreditgenossenschaften, Stiftungen etc. (vgl. Nr. 46 u. 64). Diese weisen eine besonders enge Verbindung und damit einen besonderen Bezug zur solidarischen Zivilgesellschaft aus. Zivilgesellschaftliche Organisationen haben aber nicht nur im Kontext der Wirtschaft Bedeutung, sondern auch im Bereich der Politik. Gerade in Ländern, in denen Demokratie und Rechtsstaatlichkeit noch nicht fest verankert sind, können zivilgesellschaftliche Organisationen zur Durchsetzung beitragen. „Die Unterstützung zur Stärkung der schwachen Verfassungssysteme kann auf hervorragende Weise von der Entwicklung anderer politischer Akteure neben dem Staat begleitet werden, die kultureller, sozialer, regionaler oder religiöser Art sind“ (Nr. 41). Weil die Entwicklung eines Landes ein umfassender Prozess ist, bedarf es dazu der Mobilisierung aller Kräfte in der Gesellschaft, vor allem auch der Zivilgesellschaft (vgl. Nr. 47). Der Papst steht zivilgesellschaftlichen Organisationen nicht unkritisch gegenüber, wenn er z.B. die mangelnde Transparenz auch von NGOs beklagt (ebenda).

Für Papst Benedikt XVI. hängt eine aktive Zivilgesellschaft mit dem Sozialprinzip der Subsidiarität zusammen. Dieses Prinzip sichert nicht nur die Freiheit der Einzelperson, sondern auch die Freiheit derjenigen, die sich in verschiedenen Vereinen, Verbänden oder anderen Gemeinschaften zusammenschließen (vgl. Nr. 57). Es ist ein wichtiger Neuausdruck der kirchlichen Sozialverkündigung, wenn Papst Benedikt XVI. darin gerade eine emanzipatorische und partizipative Bedeutung sieht. Ausdrücklich distanziert er sich – wie bereits sein Vorgänger – von einem bevormundenden Wohlfahrts- oder Sozialstaat. Jede solida-

rische Hilfe muss Hilfe zur Selbsthilfe sein. Dies gilt sowohl im Sozialstaat wie in der Entwicklungshilfe, die nicht von Staat zu Staat, sondern unter Einbeziehung der Zivilgesellschaft erfolgen muss (vgl. Nr. 58). Auf die Einflussnahme und die eigene Gestaltung durch die Bürger legt Papst Benedikt XVI. besonderen Wert, weshalb er dafür plädiert, dass Bürger in ihrer Steuerzahlung das Recht erhalten, zwischen verschiedenen förderungswürdigen Aktivitäten zu wählen (vgl. Nr. 60). Zu zivilgesellschaftlichen Organisationen, die zu einer Humanisierung der Wirtschaft beitragen, können auch Konsumgenossenschaften bzw. Verbraucherorganisationen gehören, indem sie auch ein ethisches Konsumverhalten fördern (vgl. Nr. 66).

Zusammenfassend kann man festhalten, dass einer aktiven Bürgergesellschaft in der jüngeren Sozialverkündigung der katholischen Kirche ein hoher Stellenwert zuerkannt wird. Der Staat hat die Verpflichtung, gemäß dem Subsidiaritätsprinzip dazu den erforderlichen Freiraum zu ermöglichen. Die subsidiär angelegte freiwillige Zusammenarbeit in vielfältigen Gebieten fördert den sozialen Zusammenhalt und ist auch eine Form der Emanzipation und Partizipation der Bürger. Die Bürgergesellschaft stellt eine unverzichtbare Ergänzung und Korrektur gegenüber Wirtschaft und Staat dar und ist damit ein wesentlicher Bestandteil einer humanen Gesellschaft. Diese Ausführungen zur gesamtkirchlichen Sozialverkündigung werden im nächsten Abschnitt hinsichtlich der aktuellen Situation in der Bundesrepublik ergänzt und verdeutlicht.

## *II. Bürgergesellschaft in der Bundesrepublik*

Die Aktualität der Thematik wird dadurch unterstrichen, dass die Bundesregierung für das Frühjahr 2012 einen deutschen „Engagementbericht“ vorlegen will, der von einer wissenschaftlichen Kommission unter der Leitung von Michael Hüther, dem Direktor des Instituts der Deutschen Wirtschaft erarbeitet wird. Dieser Bericht soll in besonderer Weise auch das gesellschaftliche Engagement von Unternehmen herausarbeiten. Bisher engagieren sich Unternehmen in erster Linie mit Geld- bzw. Sachspenden. Seltener stellen sie Mitarbeiter bewusst von der Arbeit für gesellschaftliches Engagement frei. Dabei können Unternehmen von den Erfahrungen, die Mitarbeiter im bürgerschaftlichen Engagement machen, durchaus profitieren. Da bürgerschaftliches bzw. ehrenamtliches Engagement besonders bei der Caritas zu finden ist und im kirchlichen Kontext sowie in der Soziallehre der Kirche hohe Bedeutung hat, gehören der Kommission auch der Generalsekretär

des Deutschen Caritasverbandes Georg Cremer und der Eichstätter Sozialethiker André Habisch an. Zutreffend ist es, wenn sich im Sinne einer Engagementpolitik dann die Bundesregierung Gedanken darüber macht, wie etwa durch Absicherung von Ehrenamtlichen in der Unfallversicherung, durch Haftpflichtabsicherungen, durch Ersatz von Auslagen/Kosten sowie durch steuerliche Absetzbarkeit bürgerschaftliches Engagement gefördert werden könnte. Problematisch wäre es, wenn Engagementpolitik von einer Regierung strategisch eingesetzt und instrumentell gebraucht werden sollte, um bestimmte gesellschaftliche Bereiche strategisch steuern zu wollen. Davor kann nur gewarnt werden, weil es echtem bürgerschaftlichen Engagement nicht gerecht wird.

Politik hat die Neigung, aus Geldmangel und begrenzten Ressourcen bestimmte Aufgaben auf die Bürgergesellschaft abzuschieben. Es stellt sich aber die Frage, ob Politik und Verwaltung bereit sind, auch die partizipativen Elemente einer aktiven Bürgergesellschaft hinzunehmen. Eine aktive Bürgergesellschaft kann für die etablierten Parteien ein Krisensymptom sein, weil sich ihre Mitgliedschaft halbiert hat, so dass auch große Volksparteien in breiten Segmenten der Bürgergesellschaft nicht mehr verankert sind. Manche kleine Partei ist personell so schwach aufgestellt, dass z.B. in der Kommunalpolitik bereits errungene Sitze gelegentlich unbesetzt bleiben oder Nachrücker mangels Masse fehlen. Es ist ein Krisensymptom für die Politik.

Politisch gesehen ist eine aktive Bürgergesellschaft zwiespältig. Sie kann einerseits für das Gemeinwohl Ressourcen mobilisieren, und sie kann auch eigenständige Akzente, etwa wohlhabender Stifter setzen. Weiterhin kann eine aktive Bürgergesellschaft nur einen begrenzten Kreis der Bürger umfassen, die z.B. bei Initiativen zu Volksbegehren, vor allem Privilegien der Mittelschicht verteidigen. Eine aktive Bürgergesellschaft kann auch den Staat, z.B. bei Tafeln, aus ihrer sozialen Verantwortung in problematischer Weise entlasten. Tafeln können aber auch schädlich sein, wenn sich Menschen mit Hartz IV und ergänzenden Leistungen der Tafeln einrichten, statt Arbeit nachzugehen. In Deutschland ist in den letzten Jahren die Bereitschaft zu bürgerschaftlichem Engagement gewachsen. Dabei ist das Engagement auch nach 20 Jahren in beiden Teilen Deutschlands noch unterschiedlich. Einen positiven Nährboden für bürgerschaftliches Engagement schafft ein Grundvertrauen in die politische und gesellschaftliche Ordnung und in die eigenen Mitbürger. Dieses Grundvertrauen ist auch

nach dem Nationalsozialismus in der Bundesrepublik ab 1945 nach Untersuchungen des Allensbach-Instituts erst langsam gewachsen und in den neuen Bundesländern als Folge der DDR-Diktatur weniger ausgeprägt.

Dabei ist bürgerschaftliches Engagement nicht nur Ausdruck der sozialen Seite des Menschseins, worauf das christliche Menschenbild immer hingewiesen hat. Bürgerschaftliches Engagement bietet auch dem einzelnen Menschen individuelle Vorteile. So kann die einzelne Person im bürgerschaftlichen Engagement eigene Fähigkeiten entwickeln und entfalten, die sie im privaten Bereich wie in der Erwerbsarbeit nicht einsetzen kann. Von den Erfahrungen der Erwerbsarbeit wie im privaten Bereich kann das ehrenamtliche Engagement profitieren, umgekehrt aber auch ehrenamtliches Engagement die Erwerbsarbeit und das private Lebensumfeld bereichern. Häufig sind Personen zwischen 35-55 mit besserer Bildung und ab mittleren Einkommen ehrenamtlich engagiert. Hingegen nutzen vielfach Arbeitslose ihre größere freie Zeit nicht für ein bürgerschaftliches Engagement. Dabei können sie auch dort ihr „Humankapital“ verbessern und sich in soziale Netzwerke einbringen, die ihre Chancen, Erwerbsarbeit zu erhalten, erhöhen. Leider ist es – ohne professionelle Anleitung – in sozial schwierigen Stadtteilen kaum möglich, bürgerschaftliches Engagement zu mobilisieren.

Eine aktive Bürgergesellschaft hat für die gesamte Gesellschaftsordnung folgende Bedeutung: Erstens kommen aus der Mitte der Bürgergesellschaft immer humane Innovationen und neue Ideen. Dies gilt etwa für die Umweltbewegung oder die Hospiz-Bewegung. Insofern ist Zivilgesellschaft ein buntes Experimentierfeld. Zweitens werden in der Bürgergesellschaft ethische Werte vermittelt, ihre Verbreitung gefördert, aber auch neue Werte hervorgebracht (z.B. ein größeres Umweltbewusstsein oder durch feministische Bewegungen für gleiche Rechte von Frauen). Drittens werden zwischen verschiedenen Akteuren der Bürgergesellschaft gesellschaftliche Konflikte ausgetragen und unterschiedliche Wertfragen verhandelt. Die Konflikte betreffen nicht nur verschiedene Akteure der Bürgergesellschaft selbst, sondern auch den Staat bzw. die Politik sowie die Wirtschaft. Dabei kann die im Grunde positiv zu bewertende Wertgrundlage bürgerschaftlichen Engagements problematisch werden, wenn es zu einer zu starken Moralisierung von Einzelzielen kommt, die verhindert, dass Güterabwägungen zwischen unterschiedlichen Werten vorgenommen und Kompromisse geschlossen werden.

Ein gesellschaftlicher Ort, in dem bürgerschaftliches Engagement besonders stark ausgeprägt war und bis in die Gegenwart ist, sind Kirche und Caritas. Dies gilt für Kirchengemeinden, kirchliche Verbände und die Caritas. Hier findet nach wie vor neben Sportvereinen ein wesentlicher Teil des gesamtgesellschaftlichen bürgerschaftlichen Engagements statt. In der Kirche wird angesichts von Personal- und Finanznot nach mehr ehrenamtlichen Engagement gerufen. Ehrenamtliche sollen etwa die Leitung von Wortgottesdiensten übernehmen oder größeres finanzielles Engagement direkt übernehmen. Zunehmend richten Kirchen Stiftungen verschiedener Art ein. Angesichts des hohen Bildungsstandes, auch des theologischen Bildungsstandes vieler Laien, bedeutet mehr Verantwortung in der Kirche auch mehr Selbstbewusstsein und Eigengestaltung. Die kirchliche Hierarchie kann nicht damit rechnen, dass Laien freiwillig mehr Zeit und finanzielle Beiträge einbringen, ohne ihre Vorstellungen vom kirchlichen Leben aktiv zu formulieren, indem sie darauf verzichten, hergebrachte kirchliche Vorstellungen und Traditionen zu hinterfragen. Damit stellt sich für Hauptamtliche und kirchliche Entscheidungsträger die Frage, ob sie dieses Engagement mit allen Folgen und Konsequenzen wünschen.

Für die Zukunft bürgerschaftlichen Engagements unter den heutigen sozialen Bedingungen ist es wichtig, dass sich aufgrund beruflicher Beanspruchung, z.B. hinsichtlich von Arbeitszeiten und räumlicher Mobilität, manche Personen nicht dauerhaft zur Übernahme von Ehrenämtern bereit erklären, wie dies teilweise bei traditionellen Ehrenämtern der Fall war, wenn viele sich 15 oder mehr Jahre ununterbrochen engagierten. Solche Personen, vor allem jüngere Personen, die in beruflicher und familiärer Hinsicht noch nicht stabile Lebensformen gefunden haben, sind aber zu einem bürgerschaftlichen Engagement zu befristeten Projekten bereit. Gerade um die jüngere und mittlere Generation dafür zu gewinnen und zu begeistern, sollten auch etablierte Vereine und Verbände die neuen sozialen Kommunikationsmittel wie das Internet, Twitter, Facebook etc. nutzen. Mit ihnen kann man sehr schnell Menschen mobilisieren, eine Organisation aufbauen und kollektives Handeln ermöglichen. Damit können sie nicht nur den Aufbau sozialer Protestbewegungen (wie die gegen Banken gerichtete Occupy-Bewegung) fördern, sondern auch andere Formen bürgerschaftlichen Engagements.



## Schlusswort

Bernd-M. Wehner, Vorsitzender KKV Bundesverband

Sehr geehrte Damen und Herren,

unter dem Motto „**Gemeinsam eine aktive Bürgergesellschaft gestalten, Aufbruch für Werte**“ waren Sie heute zu Gast beim 18. Herbstforum der KKV-Diözesanverbände Aachen, Essen, Köln, Münster und Paderborn sowie der Konrad-Adenauer-Stiftung, Bildungswerk Dortmund. Die Federführung lag wieder in den bewährten Händen des Diözesanverbandes (DV) Essen – konkret bei Frau Ziolkowski von der Diözesangeschäftsstelle und natürlich von Reinhard Schaffrick, dem Vorsitzenden des DV. Ihnen herzlichen Dank für die wie immer gute Vorbereitung und Organisation.

In unserer Hildesheimer Erklärung, die von den Delegierten des Bundesverbandes im Mai diesen Jahres verabschiedet wurde, heißt es u.a.:

„Wenn wir die sozialen, politischen und wirtschaftlichen Herausforderungen der Gegenwart und der Zukunft bewältigen wollen, brauchen wir Bürger, die bereit sind, Verantwortung in Staat und Gesellschaft zu übernehmen. Wir brauchen also Bürger, die, um mit John F. Kennedy zu sprechen, nicht fragen, **„Was kann mein Land für mich tun?“ sondern die fragen, „Was kann ich für mein Land tun?“**

Ein Anspruch, der sich an jeden einzelnen Bürger in unserer Gesellschaft aber auch an Politiker, Unternehmer, Gewerkschafter oder Mitglieder in einem Verband richtet. Denn wir alle tragen Verantwortung für die gesellschaftliche Entwicklung unseres Staates. Um diesen Ansprüchen gerecht zu werden, sind wir aber auch alle aufgefordert, uns in einer verantwortungsbereiten Bürgergesellschaft zu engagieren.

Unsere Referenten bzw. Podiums-Teilnehmer haben eindrucksvoll dargestellt, wie dieses bürgerschaftliches Engagement aussehen kann:

**Alois Glück**, der Präsident des ZdK, hat gemeinsam mit Bernhard Vogel und Hans Zehetmair unter dem Titel „Solidarische Leistungsgesellschaft“ zu dieser Thematik ein lesenswertes Buch herausgebracht.

Tenor der Schrift: **„Eine Reformpolitik, die die sozialen, politischen und wirtschaftlichen Herausforderungen bewältigen will, braucht ein neues Leitbild für eine ganzheitliche Politik und eine gerechte Gesellschaft: eine neue Verantwortungsgemeinschaft von Bürger und Staat.“**

Und dazu gehören auch eine nachhaltige Politik und nachhaltiges Wirtschaften. Nachhaltiges Wirtschaften ist aber nur möglich, wenn wir langfristig denken und planen und nicht nur in Quartalszeiträumen.

Im Übrigen zeigt die derzeitige Finanz- und Wirtschaftskrise, dass unsere Art zu leben nicht mehr zukunftsfähig ist. Wir leben als Industrienationen einerseits auf Kosten der Entwicklungsländer. Andererseits haben wir unseren Wohlstand auf Schulden und damit zu Lasten der nachfolgenden Generationen aufgebaut. Diese offenkundige Schiefelage müssen wir ändern. Denn mit einer solchen egoistischen Sichtweise ist auf Dauer kein Staat zu machen. Sie ist schlicht verantwortungslos!

**Aus diesem Grund haben wir übrigens auch gemeinsam mit MISEREOR die Aktion „KKV hilft Ostafrika“ gestartet. Auch wenn die Schlagzeilen über die Dürrekatastrophe in Ostafrika verschwunden sind, die unvorstellbare Not bleibt trotzdem. So leiden am Horn von Afrika wegen einer der schwersten Dürren seit Jahrzehnten etwa 13,3 Millionen Menschen Hunger. Innerhalb der letzten drei Monate sind als Folge der Hungersnot bereits mehr als 30.000 Kinder gestorben. Die vereinten Nationen befürchten, dass in den nächsten vier Monaten 750.000 Menschen verhungern könnten. Und deshalb bitten wir weiterhin gemeinsam mit MISEREOR dringend um Spenden für die Menschen in der Dürre-region. 25.000 Euro bereits zusammengekommen.**

Über MISEREOR gehen diese auf ein Soforthilfe-Konto und werden umgehend eingesetzt, um die Menschen in Ostafrika mit dem Lebensnotwendigsten zu versorgen.

**Deshalb sehen wir uns auch in der Pflicht, in der Gesellschaft das christliche Menschenbild gemäß der katholischen Soziallehre stärker ins Bewusstsein zu rufen und auf dieser Basis immer wieder zu prüfen, ob die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Strukturen den Normen der Gerechtigkeit und Liebe entsprechen.**

Aus diesem Grund haben wir auch unter dem Motto **„Als Kirche wirken. Mitten im Leben.“** ein Positionspapier erstellt, mit dem Ziel, das christliche Menschenbild gemäß der katholischen Soziallehre immer

wieder neu zu vermitteln, um daraus Leitlinien für die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Strukturen zu entwickeln.

### **Ein „Youcat“ für die Katholische Soziallehre gefordert**

Damit die Botschaft der katholischen Soziallehre auch heute verstanden wird, muss sie jedoch in die heutige Sprache übersetzt und praxisbezogen interpretiert werden.

Wir schlagen deshalb vor, die Kernaussagen der katholischen Soziallehre in eine Sprache zu übersetzen, die den Menschen von heute besser anspricht und sich an den beruflichen Lebenswelten orientiert. Deshalb soll das „Kompendium der Soziallehre der Kirche“ ähnlich wie der „Katechismus für Jugendliche – Youcat“ als „praktischer Leitfaden für Jedermann“ übersetzt und herausgegeben werden.

Zum Schluss bleibt mir noch die angenehme Pflicht „Dankeschön zu sagen“. Dieses Dankeschön ist – wie schon seit vielen Jahren – mit einem kleinen Geschenk verbunden: dem **Wirtschaftskalender**. Hier finden Sie klare Fakten, amüsante Karikaturen und treffende Sprüche, die vieles auf den Punkt bringen.

Und deshalb heißt es auch in der 52. Woche: **„Besser ein kleines Geschenk als ein großes Versprechen.“**

Und so darf ich gleich unseren Podiumsteilnehmern und dem Moderator ein kleines Geschenk in Form eines Weinpräsenes und eben diesem Wirtschaftskalender überreichen.

Ihnen allen darf ich zum Schluss aber auch ein Versprechen machen. Unser nächstes Herbstforum findet wieder statt und zwar am **Montag, dem 05.11.12**, in diesem Hause.

Ich freue mich schon jetzt, wenn wir uns dann wiedersehen.

Herzlichen Dank, dass Sie heute hier waren. Kommen Sie gut nach Hause und behalten Sie uns in guter Erinnerung.

## Ein Verband stellt sich vor

Die Mitglieder des 1877 in Mainz gegründeten Verbandes KKV – Katholisch Kaufmännischer Verein (1965 umbenannt in KKV – Verband der Katholiken in Wirtschaft und Verwaltung) sind aufgeschlossene, verantwortungsbewusste Männer und Frauen, die sich der gesellschaftlichen Mitte zugehörig fühlen: Selbständige, unternehmerisch Tätige, Kaufleute, Beamte, Angestellte und Techniker, sowie Auszubildende und Studenten – Jung-KKV – und nicht mehr im Erwerbsleben Stehende aus Berufen in Wirtschaft und Verwaltung.

Die KKV-Orts- und Diözesangemeinschaften bieten Informationen und Deutungen zu kirchlichen, wirtschaftlichen, sozialen und gesellschaftspolitischen Veränderungen, geben Wegweisung in kritischer Zeit.

Glaube und Kirche, Staat und Gesellschaft, Wirtschaft und soziale Ordnung, Ehe und Familie, Beruf und Arbeitswelt, Bildung, Kultur und Freizeit und nicht zuletzt Pflege der Gemeinschaft sind Themen und Anliegen, denen sich der KKV verpflichtet fühlt.

Der KKV möchte seinen Mitgliedern kein Freizeitprogramm, sondern ein Lebensgestaltungsprogramm bieten. Dazu treffen sich KKVer/Innen mit ihren Familien mindestens einmal im Monat zu Vorträgen, Diskussionen, Besichtigungen, Fahrten, Exkursionen. Vor allem soll jeder Gemeinschaft erfahren. Die Geselligkeit kommt nicht zu kurz, weil Freude und menschliche Begegnung zu einem sinnerfüllten Leben gehören.

Der KKV will motivieren, über Glaubensfragen nachzudenken. Die heutigen Probleme bedürfen mutiger Christen, die bekennd ihre Wege gehen. Auch Ihre Impulse sind uns wichtig. Offenheit und Freundschaft sind Orientierung für unser Leben. Junge Erwachsene finden eine lebendige und frohe Gemeinschaft im Jung-KKV.

Haben wir Ihr Interesse geweckt? Dann sprechen Sie uns an, oder rufen Sie an.

## **Geschäftsstellen:**

KKV-Diözesanverband Essen e.V.  
Margarethe Ziolkowski  
Bismarckstraße 61  
45128 Essen  
Telefon und Fax: 0201 770243

KKV-Diözesanverband Köln  
Sigrid Arck  
Alfred-Bucherer-Str. 53  
53115 Bonn  
Tel.: 0228 623949

KKV-Diözesanverband Münster  
Norbert Gebker  
Rosenstr. 16  
48143 Münster  
Tel.: 0251 495477

KKV-Diözesanverband Paderborn  
Frank Fröhlich  
Wiesenbach 53  
33611 Bielefeld  
Tel.: 0521 81577

## **Bisher erschienene Dokumentationen**

1. Mittelstand in Europa  
Das christliche Menschenbild als Chance für Wirtschaft und Gesellschaft  
(KKV-Europaabend am 5.12.1994  
im Vorfeld des EU-Gipfels im Dezember in Essen)
2. Business Reengineering  
Radikales Konzept zur Unternehmensorganisation  
Chance für den Standort Deutschland  
Herausforderung für die Wirtschaftsethik  
(KKV-Herbstforum am 13.11.1995 in Essen)
3. Steuerreform und Mittelstand  
Nimmt der Staat mehr, als des Staates ist?  
(KKV-Herbstforum am 4.11.1996 in Essen)
4. Strangulierung durch Regulierung  
Schafft die Bürokratie (die) Selbständigkeit?  
(KKV-Herbstforum am 10.11.1997 in Essen)
5. Soziale Sicherung grenzenlos?  
Eigenverantwortung oder Solidarität  
in Deutschland und Europa.  
(KKV-Herbstforum am 9.11.1998 in Essen)
6. Die neue Welt der Information  
Chancen für den Mittelstand  
(KKV-Herbstforum am 8.11.1999 in Essen)
7. Soziale Gerechtigkeit – Nur eine Frage des Geldes?  
(KKV-Herbstforum am 13.11.2000 in Essen)
8. Arbeit in neuer Selbständigkeit  
Gewandelte Formen zwingen zum Umdenken  
(KKV-Herbstforum am 12.11.2001 in Essen)

9. Bildung und Arbeit  
Erwartungen und Forderungen an das Schulsystem und die Arbeitswelt  
(KKV-Herbstforum am 4.11.2002 in Essen)
10. Quo vadis Deutschland?  
Was bringt die wirtschaftliche und soziale Zukunft?  
(KKV-Herbstforum am 17.11.2003 in Essen)
11. Ist die deutsche und europäische Wirtschaft gerüstet, um Partner und Mitbewerber der amerikanischen und asiatischen Wirtschaft auf dem Weltmarkt zu sein?  
Wie stellt sich NRW diesen Herausforderungen?  
(KKV-Herbstforum am 8.11.2004 in Essen)
12. Ist die Deutsche Wirtschaft auf die demographische Entwicklung vorbereitet? weniger + älter = ärmer?  
(KKV-Herbstforum am 7.11.2005 in Essen)
13. Energie – Sicherheit, Abhängigkeit, Alternativen  
(KKV-Herbstforum am 13.11.2006)
14. Kann der Staat Pleite gehen? – Die Rückführung der Staatsverschuldung  
(KKV-Herbstforum am 12.11.2007)
15. Ein asiatisches Jahrhundert? Globalisierung und ihre Folgen.  
Welche Gestaltungsmöglichkeiten haben wir?  
(KKV-Herbstforum am 10.11.2008)
16. Finanz- und Wirtschaftskrise – Neuorientierung auf der Basis der katholischen Soziallehre?  
(KKV-Herbstforum am 9.11.2009)
17. Renaissance der Sozialen Marktwirtschaft  
– Hoffnungszeichen für eine gerechtere Welt  
(KKV-Herbstforum am 8. November 2010)

---

Herausgegeben vom

Verband der Katholiken in Wirtschaft und Verwaltung

Diözesanverbände Essen e.V., Aachen, Köln, Münster, Paderborn  
Essen, 2011

Der Nachdruck von Textbeiträgen ist kostenlos.

Quellenangaben und Belegexemplare werden erbeten.

Redaktionsanschrift: KKV-Diözesanverband Essen e.V.  
Bismarckstr. 61  
45128 Essen  
Tel. + Fax: 0201 770243  
E-Mail: [kkv-dv-essen@t-online.de](mailto:kkv-dv-essen@t-online.de)  
Internet: [www.kkv-essen.de](http://www.kkv-essen.de)